

Ich sehe schwarz

China: „Viele Staaten stehen nicht auf Seite des Westens“, FR vom 18. April

Von einem Friedensnobelpreis kann man sich nichts kaufen, siehe Gorbatschow oder Aung San Suu Kyi, außer einer Erwähnung im Geschichtsbuch: nett, aber leider gescheitert. Das weiß Xi Jinping, denn er könnte den Preis kriegen, wenn er Putin an die Kandarre nehmen und den Krieg beenden würde. Lieber taktiert und laviert er wie die Weide im Wind (chinesische Übung), denn er lauert auf die Einnahme von Taiwan. Das aber gern mit einem Lächeln und besten Wirtschaftsbeziehungen. Mit Hongkong hat die schlechende Übernahme schon geklappt.

Weltpublikumswirksam ist die Vermittlung zwischen Iran und Saudi-Arabien, die wieder Botschaften eröffnen. Kommt der Jemen damit zur Ruhe? China hat sich in Afrika eingewürmelt und positioniert sich als Weltmacht Nr. 1. Geht mit viel mehr Raffinesse vor als Russland. Beides viel ältere Reiche als der „Westen“, dem auf dem geopolitischen Schachbrett das Matt droht. Die Ukraine ist der Dreh- und Angelpunkt, leider. Und was ist Demokratie, wenn sich die Massen medial so leicht manipulieren lassen? Hatte nicht schon F.J. Strauss die China-Ahnung gehabt? Schwarz, ja, sehe ich auch. Merve Hölter, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/haftbefehl

Klarheit für Reisende

Zu: „Deutschlandticket zu kaufen“, FR-Wirtschaft vom 4. April

49-Euro-Ticket nicht in allen Regionalexpressen gültig! Ausgerechnet die Deutsche Bahn, die viel bei ihren Kunden und Kundinnen gutzumachen hat! Ich hab zwei Verbindungen überprüft: Berlin/Elsterwerda und Bremen/Norddeich-Mole. Für beide Verbindungen gibt es welche mit IC/ICE und andere mit RE. Normalerweise müsste auf den RE-Verbindungen das Deutschland-Ticket gelten, auch wenn der DB-Fernverkehr sie betreibt. Das Ganze sieht nach Ausrede aus. Mit anderen Worten: Hier muss von oberster Stelle Klarheit im Sinne der Reisenden geschaffen werden.

Übrigens, für die Strecke Berlin/Elsterwerda wurde mir für den RE schon das Deutschland-Ticket von der DB angeboten, für die andere Strecke Niedersachsen Tickets. Verwirrung pur! Gerd Hochscherf, Mönchengladbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Peter Hanack moderiert die Podiumsrunde mit Landtagsabgeordneten zur Frage, warum Türkisch als Fremdsprache an Hessens Schulen ein Schattendasein führt.
Dienstag, 25. April, 19 Uhr
Kubi Gesellschaft f. Kultur u. Bildung
Hanauer Landstraße 182 A
Frankfurt

Tobias Schwab moderiert das „Forum Entwicklung“ von FR, GIZ und hr-info zum Thema „Energieförderer Afrika – Wie gelingt eine Partnerschaft auf Augenhöhe?“ mit Bärbel Höhn (Bundesentwicklungsministerium), Stefan Liebing (Conjuncta GmbH), Torsten Schreiber (Africa Greentec) und Mike Enskat (GIZ).
Mittwoch, 26. April, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft - Die Rückkehr der Arche“.
Freitag, 28. April, 13 Uhr
Samstag, 29. April, 13.30 Uhr
Sonntag, 30. April, 13 Uhr
Leipziger Buchmesse
Halle 2, Stand G211
Freitag, 28. April, 19.30 Uhr
Kunstgenossenschaft Feinkost
Karl-Liebnecht-Straße 36, Leipzig

Karin Dalka und **Friederike Meier** moderieren die Diskussion „Schafft Deutschland die Klimawende?“ Veranstaltung: FR und Karl-Gerold-Stiftung. Mit Claudia Kemfert (Energie-Ökonomin), Tarek Al-Wazir (stellv. hessischer Ministerpräsident, Grüne), Konrad Stockmeier (MdB FDP), Annika Rittmann („Fridays for Future“). Anmeldung nicht erforderlich. Livestream unter: FR.de/eventvideo
Freitag, 5. Mai, 19 Uhr
Historisches Museum Frankfurt, Saalhof 1, Frankfurt

Unsere historische Verantwortung

Verbrechen im Ukraine-Krieg: „Gräuelt mit Folgen“, FR-Meinung vom 14. April

Der Autor nimmt die Kriegsverbrechen russischer Soldaten, begangen an Ukrainern, vornehmlich an der ukrainischen Zivilbevölkerung, zum Anlass, die Frage zu stellen, welche Mitschuld die russische Bevölkerung an diesen Verbrechen hat, und verweist in diesem Zusammenhang auf die heutigen Informationsmöglichkeiten. Der Hinweis, dass selbst Deutsche nach Krieg und Holocaust wieder in die Weltgemeinschaft aufgenommen wurden, hält er unter Bezug zur russischen Bevölkerung für verfrüht. Abschließend merkt er Autor an, so wünschenswert auch eine diplomatische Lösung sei; eine Lösung des Konflikts „steht und fällt mit Putins Bereitschaft zum Rückzug.“

Der letzte Satz ist gleichbedeutend mit der Zielvorgabe der ukrainischen Regierung, dass nur ein Sieg auf dem Schlachtfeld das Ziel der Ukraine sein kann; ob man dies als Putins Rückzug bezeichnet oder als Vertreibung der russischen Angreifer, ist unerheblich und nur eine

Frage der Semantik. Die Frage, die der Autor hinsichtlich der Mitschuld der russischen Bevölkerung aufwirft, scheint mir von Bedeutung. Es handelte sich damals um einen Vernichtungsfeldzug. Welche Bürger Russlands will der Autor in die Schuld einbeziehen? Die der großen Städte mit Zugang zu vielerlei Informationsmöglichkeiten oder auch jene im Grenzgebiet der Mongolei?

Die Ausführungen zu Deutschland und der Mitschuld ihrer Bürger an den Verbrechen im Zweiten Weltkrieg haben offensichtlich ein kurzes Haltbarkeitsdatum. Der Autor spricht von einem „langen Weg“, der eigentlich ein kurzer war, nämlich der vom Kriegsende zum Wiederaufbau und zum deutschen Wirtschaftswunder. Ein Weg der Verdrängung der eigenen Schuld, gestützt von umfangreichem Warenangebot und neu gewonnener Reiselust.

Welche Kriegsverbrecher wurden verurteilt, sieht man von den Nürnberger Prozessen ab? Alleine die nunmehr fast

100-Jährigen, die vor Gericht geladen werden, meist weisungsgebundene Sekretärinnen, Wachpersonal, ohne deren Mitschuld infrage zu stellen, müsste dem Autor doch die Frage aufwerfen, was mit den tatsächlich Verantwortlichen geschah. Ist dem Autor bewusst, dass selbst ein hohes NSDAP-Mitglied Kanzler werden konnte?

Die historische Verantwortung, die der Autor postuliert, hat es von Seiten Deutschlands, insbesondere in Bezug zur Sowjetunion nie gegeben. Die Sowjetunion wurde sofort nach Kriegsende zum neuen Feindobjekt. Ich finde, gerade von deutscher Seite, angesichts der scheinbar immer mehr verzerrend wahrgenommenen Vergangenheit, müsste alles getan werden, um auf einen Frieden in der Ukraine hinzuwirken. Jetzt auch noch der russischen Bevölkerung eine Mitschuld am Krieg und am Kriegsverlauf zu geben, ist besonders aus deutscher Sicht nur mit großem Unverständnis wahrzunehmen.

Edwin Witsch, Frankfurt

Das vermeintliche „Massaker von Odessa“

Erwiderung auf: „Traumatische Erfahrungen“, FR-Forum vom 21. März

Am 24.2.22 überfielen russische Truppen die Ukraine und richteten seither unbeschreibliche Gräuelt unter der Zivilbevölkerung an. Dokumentiert sind Erschießungen wehrloser Zivilisten, Bombardements von Wohnsiedlungen, tausendfaches Kidnapping ukrainischer Kinder und Vergewaltigungen ukrainischer Frauen. Das alles scheint für Ihre Leserin Dorothea Plank keine Rolle zu spielen. Für sie ist allein wichtig, dass es unter den Vergewaltigern auch „ukrainische Täter“ geben müsse. Als Belege haben die „Me-too“-Bewegung und die „hohe Dunkelziffer“ herzuhalten. Dass in „Hart aber fair“ vom 27.2. nur von russischen, nicht auch von ukrainischen Vergewaltigern die Rede gewesen sei, wertet sie

als „schwere journalistische Entgleisung“. Eine Ukrainerin könne es gar nicht wagen, „eine Vergewaltigung anzuzeigen“ solange das „Massaker vom 2.5.2014“ nicht juristisch aufgearbeitet“ sei.

Dieses „Massaker“ ist ein beliebtes Narrativ, mit dem die russische Seite den Überfall auf die Ukraine zu rechtfertigen sucht. Zur Klarstellung: Es gibt nur ein Massaker von Odessa, das den Namen verdient: das vom Oktober 1941. Rumänische und deutsche Truppen ermordeten 25 000 bis 34 000 Ukrainer, darunter 8000 Juden. Am 2.5.2014 hingegen überfielen prorussische Aktivistinnen einen friedlichen Protestmarsch ukrainischer Bürger, die gegen die „Referenden“ Russlands in Donezk und Luhansk

protestierten. Die zahlenmäßig unterlegenen russischen Nationalisten verbarrikadierten sich im Gewerkschaftshaus; von beiden Seiten wurden Brandsätze geworfen, bis das Gebäude ausbrannte. Dabei kamen 42 Menschen ums Leben. Den ukrainischen Strafverfolgungsbehörden wird seither mangelnde Aufklärungsbereitschaft vorgeworfen, was Frau Plank als Indiz dafür wertet, dass eine Ukrainerin bei Anzeige einer Vergewaltigung fürchten müsse, „gelyncht“ zu werden. Statt sich so durch „unprofessionelle Hetze zu profilieren“, hätte „Hart aber fair“ die „westliche Verantwortung für die Fortdauer des Krieges zur Sprache“ bringen müssen. Ja – so kann man es auch sehen.

Peter Arnold, Bad Homburg

Hauptsache der Vorgarten ist sauber

Zum Thema: Menschenunwürdige Stimmungsmache gegen Migranten

Dass die AfD gegen Flüchtlinge und Migranten hetzt, ist leider nichts Neues. Sie schärft damit ihr nationalistisches, faschistoides Profil. Anschläge auf Asylunterkünfte steigen wieder, ein islamophobes Klima wird verbreitet. Leider ein in der deutschen Geschichte altbekanntes Muster, Flüchtlinge für die ganzen Krisen und Misere verantwortlich zu machen. In einer regelrechten Kampagne gegen Flüchtlinge soll das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention sei „nicht länger praktikabel“ (Jens Spahn), Forderungen nach Schnellverfahren für Abschiebungen und Unterbringung in Ankerzentren machen die Runde. Frontex sichert die EU-Au-

ßengrenze mit Zurücktreiben von Booten. Flüchtlinge werden bekämpft, nicht Fluchtursachen, denn das setzte eine Sicht auf die Lage und Weltordnung voraus, die Zustände für die ganze Menschheit tatsächlich zum Besseren verändern will.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Grundgesetz). Dass Deutschland in der Lage ist, unbürokratisch zu helfen, hat die Behandlung der ukrainischen Flüchtlinge bewiesen. Warum aber werden Flüchtlinge in Kategorien eingeteilt? Warum keine Gleichbehandlung, staatlich gewährleistet? Demokratie und Werte nur für handverlesene Menschen, wo doch al-

le aus gutem Grund aus ihrer Heimat geflüchtet sind?

„Illegale Migration“ gibt es nicht, doch ist es das Unwort in dieser leidigen Debatte. Visa und Flugtickets haben Touristen, keine Flüchtlinge. Deutschland „first“, mit sauberem Vorgarten, drumrum aber wildes Stechen und Hauen? Statt sich auf diese Schiene zu begeben, müssen letztlich die Verursacher von Fluchtgründen ins Visier genommen werden. Und dazu müsste man vor der eigenen Tür klopfen. Schutzbedürftige zu Verantwortlichen der Krisenhaftigkeit auf der Welt zu machen, stellt die Wirklichkeit auf den Kopf und öffnet weiter die bereits vorhandene gefährliche Flanke nach rechts. Renate Radmacher, Aalen

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230419